Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, 3.
nur bis ½3 Uhr

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 216. **Sonnabend** den 4. August 1883. **77. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 5. August,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wegen Reparatur der Hauptschleuse an der Ecke des Brühls und der Nicolaistraße wird die **Nicolaistraße auf der Strecke zwischen Brühl und Goldhahngäßchen**

von Donnerstag, den 2. August d. J. ab

bis auf Weiteres

für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.

Leipzig, am 1. August 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Heunig.

Bekanntmachung.

Die **Maurer-, Zimmer-, Asphaltirungs-, Klempner-, Schieferdecker-, Tischler-, Schlosser-, Glaser-, Maler-, Lackirer-, Wasserleitungs-** und **Steinmetzarbeiten zum Erweiterungsbau des Armenhauses** sollen in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Hochbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 5, aus und können daselbst angesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift **„Erweiterungsbau des Armenhauses"** versehen, ebendaselbst und zwar bis zum 9. August cr., Nachmittags 5 Uhr, einzureichen.

Leipzig, am 2. August 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Eicherint.

Bekanntmachung.

Nach den Messungen des Herrn Geheimen Rath Professor Dr. Kolbe betrug die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases im Monat Juli das 16fache von der der Normalwachskerze, und hatte 0,48 specifisches Gewicht.

Leipzig, den 3. August 1883.

Des Raths Deputation zur Gasanstalt.

Bekanntmachung.

Am Abend des 29. October vorigen Jahres hat ein Unbekannter, angeblich Bahnbeamter **Müller** in Delitzsch, an hiesiger Polizeihauptwache zur Sicherung seiner jüdenen Gestellung in einer Polizeiuntersuchung eine Caution von 100 ℳ erlegt. Da derselbe bis jetzt hier nicht erschienen, übrigens festgestellt wurde, daß ein Bahnbeamter Namens Müller in Delitzsch nicht existirt, so fordern wir jenen Unbekannten hiermit öffentlich auf, binnen 4 Wochen zum Zwecke des Rückempfangs der fragl. Caution sich bei uns zu melden, widrigenfalls nach Ablauf dieser Frist über das Geld als herrenloses Gut weiter den Rechten gemäß verfügt werden wird.

Leipzig, am 1. August 1883.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
J. V.: Junck, Pol.-Rath.

Der im hiesigen Georgenhause detinirt gewesene Handarbeiter **Conrad Clemens Haunstein** ist von dem ihm am 6. vorigen Monats gestatteten Ausgange nicht zurückgekehrt und treibt sich vermuthlich bettelnd umher.

Wir richten deshalb an alle Behörden das Ersuchen, den pp. Haunstein festnehmen und uns, falls dies geschehen, Nachricht zugehen zu lassen.

Leipzig, den 31. Juli 1883.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
J. V.: Junck, Pol.-Rath. H.

Erstatteter Anzeige zufolge hat die ledige **Anna Pauline Lehmann** ihr angeblich im Jahre 1877 in Colditz ausgestelltes Dienstbuch verloren.

Im Auffindungsfalle ist dasselbe an uns abzugeben.

Leipzig, am 31. Juli 1883.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
J. V.: Junck, Pol.-Rath. H.

Nichtamtlicher Theil.

Die deutschen Parteien.

I.

Es ist die Zeit der parlamentarischen Muße, der Reichstag und mehrere Landtage sind nach andauernder und anstrengender Arbeit aus einander gegangen, um den Mitgliedern die Zeit zu gönnen zu der erforderlichen Erholung und Kräftigung zu neuer Arbeit. Die ganze Nation aber und mit ihr die Presse kennt keine Ruhe, sie arbeitet auch in der „sauren Gurkenzeit", und die Presse besonders findet ihre Befriedigung und Entschädigung lediglich in dem Bewußtsein redlich erfüllter Pflicht, in der Genugthuung zur Hebung des Wohlbefindens des Reiches, des Staates und jedes Einzelnen ihren bedeutenden Beitrag zu gewähren.

Die Zeit der parlamentarischen Muße wollen wir einmal dazu anwenden, zu untersuchen, was die einzelnen parlamentarischen Parteien für unser Volk für einen Werth haben, und zwar wollen wir lediglich den Maßstab ihrer Leistungen anlegen. Wenn auch diese Auseinandersetzung über den Rahmen eines Artikels hinausgehen mag, so geben wir uns doch der Hoffnung hin, daß unsere Leser uns gern folgen werden.

Am nächsten steht uns die **nationalliberale Partei.** Die Nationalliberalen werden von ihren Gegnern vorzugsweise gern als „Doctrinaire" bezeichnet, nicht nur um damit eine Art von Verdammungsurtheil auszusprechen, mit welchem ein- für allemal der Stab gebrochen werden soll über die praktisch-politische Brauchbarkeit der Partei. Die scharfen Augen der Gegner haben hier einen Punct herausgefunden, welcher, in dem Bewußtsein der Parteigenossen selbst mehr zurücktretend, in der That bis zu einem gewissen Grad begründet ist, aber entfernt nicht die Bedeutung besitzt, welche mißtrauisch gestimmte Gegner ihm beilegen wollen. Die liberale Partei beruht in der That nicht auf irgend einer Interessengemeinschaft, der Liberalismus ist vielmehr zum größten Theil die Frucht theoretischen Nachdenkens über den Staat, seine Aufgaben und Mittel, seine Ziele und Grenzen, und in vielen Beziehungen nichts Anderes als der Ausdruck der jeweils darüber herrschenden Ansichten. So charakteristisch aber dieser Zug sein mag, so ist damit das Wesen der nationalliberalen Partei weitaus nicht erschöpfend bezeichnet, sie verliert durch ihre idealen Neigungen so wenig die Brauchbarkeit einer praktischen Partei, wie umgekehrt eine bloße Interessentengruppe sich zur Bedeutung einer politischen Partei erhebt. Die Arbeiterparteien, die Schutzzöllner und die Agrarier haben es noch nirgends zu politischer Bedeutung gebracht, dazu gehört eben eine bestimmte historische Ueberlieferung in Bezug auf den Staat, welche die Verbundenen über den Standpunct der nackten Vertretung ihrer Privatinteressen zu einer gemeinsamen allgemeinen Staatsanschauung erhebt.

Auf dem Wege historischer Traditionen sind die Liberalen eine wirkliche, lebendige politische Partei geworden, indem durch die stete Anwendung der zunächst theoretischen Ideale auf alle sich darbietenden Aufgaben des Staatslebens weite und einflußreiche Kreise der Bevölkerung als Anhänger und Vertheidiger des von ihnen als lebensfähig und ihren Interessen entsprechend anerkannten Programms gewonnen wurden. Der Liberalismus ist seit bald einem Jahrhundert in dem Maße die treibende und tonangebende Kraft in unserem politischen Leben, daß in Folge seines Auftretens unser gesammtes Parteiwesen weniger auf praktischen als auf principiellen Gegensätzen sich aufgebaut hat. Die Partei hat aber längst in mühevoller und erfolgreicher politischer Arbeit die Kinderschuhe abgelegt, und überall, wohin wir blicken in der Geschichte des letzten halben Jahrhunderts, treten uns die Beweise ihrer sehr eingreifenden praktischen Wirksamkeit entgegen. Die Preßfreiheit ist eine Errungenschaft des Liberalismus, und wenn heute das gerichtliche Verfahren und das Strafrecht freier, verständiger, menschlicher sind als vor funfzig Jahren, wenn die Allmacht der Polizeigewalt gebrochen und dem Aermsten ausreichende Garantie gegeben ist, daß er nur nach Recht und Gesetz behandelt werden darf, so sind es wieder die Liberalen, deren Anstrengungen in erster Linie diese Fortschritte zu danken sind. Sie und ihre Grundsätze haben uns die Befreiung von Grund und Boden, die Befreiung der Person von hundert Fesseln gebracht, welche sie in ihrer Bewegung und der Verwerthung ihrer Kräfte hemmten. Fürwahr eine angeblich „doctrinäre" Partei, welche sich solcher praktischer Erfolge zu rühmen hat, kann den Vorwurf des unpraktischen Idealismus getrost zurückweisen, und es begreift sich, daß diese Partei in den weitesten Kreisen der Bevölkerung Anhänger gefunden hat. Der Liberalismus ist die politische Denk- und Empfindungsweise des gebildeten Mittelstandes; der entscheidende Kern der liberalen Partei, aus welchem sie ihre unzerstörbare Kraft zieht, ist und bleibt der gebildete Mittelstand, im Grunde nur ein anderer Ausdruck dafür, daß der Liberalismus die nationale politische Durchschnittsbildung darstellt.

Auf die liberale Staatsanschauung hat die allgemeine nationale Bildung einen sehr starken Einfluß ausgeübt. Unsere moderne nationale Bildung ist in ihren Grundlagen und in ihren höchsten Blüthen specifisch humanistisch und ideal wie die griechische Cultur; sie setzt die höchste Aufgabe in die Herausbildung der schönen freien menschlichen Persönlichkeit, und unter dem seit der griechischen Zeit nicht wieder dagewesenen Einfluß der Dichterheroen auf das gesammte Denken und Empfinden unserer Nation ist der Gedankengehalt unserer classischen Literaturperiode mit einer solchen Energie in unser Volksleben eingedrungen, daß er dauernd eine ebenso breite als starke Herrschaft übt. Ohne Lessing und Schiller bestände der heutige Liberalismus nicht, und er wird in seinen besten und edelsten Gedanken nicht verschwinden, so lange sie in unserem Volke fortleben, d. h. so lange dieses selbst lebt.

Der heutige Liberalismus ist darüber außer Zweifel, daß bei aller Anerkennung des Werthes und des Rechts jeder individuellen Bildung doch die Volkserziehung im Großen zu den höchsten Aufgaben des Staates gehört, nur ihm möglich ist und in positivem nationalen Sinne geleitet werden muß. Auch hat das frühere so unerquickliche Markten der Liberalen um die Wehrkraft des Staates aufgehört; mögen auch zwischen den Nationalliberalen und anderen Parteien und selbst in den eigenen Reihen der ersteren die Ansichten über das Nothwendige und Zweckmäßige vielfach aus einander gehen, so bekennen sie sich doch alle unbedingt zu dem Grundsatz, daß dem Reich seine Wehrkraft nicht verkümmert werden darf, und sie fühlen so warm wie irgend eine andere Partei, daß die Hingabe der ganzen Persönlichkeit an den vaterländischen Waffendienst nicht als ein leidiges Opfer, sondern als die höchste Ehre des Mannes zu betrachten ist.

Bestand die theoretische Fortbildung des Liberalismus wesentlich darin, daß er von hohen Abstractionen zu geistigem Verständniß der Staatswirklichkeit sich zu erheben bestrebt war, so kam ihm für diesen Entwickelungsgang die Berührung mit dem praktischen Leben sehr zu statten. Schon der Umstand, daß die Partei lange nicht mehr mit der Vorliebe wie vor einem halben Jahrhundert reine Theoretiker, hervorragende Lehrer der Staatswissenschaften, Jurisprudenz und Geschichte an ihrer Spitze sieht, sondern ihre Führer lieber unter Praktikern sucht, ist charakteristisch. Aber auch sachlich ist der wachsende Einfluß des Lebens auf den Inhalt des Parteiprogramms nicht zu verkennen. Wenn die Liberalen heute einem umfassenden System interessirter Steuern im Ganzen geneigter gegenüberstehen, als vor zehn bis zwölf Jahren, so hat dabei unzweifelhaft der Druck von unten aus der Masse der Partei stark mitgewirkt, und in den Fragen der gewerblichen Organisation im weitesten Sinne dieses Wortes üben die unabweislichen Forderungen des Lebens fortwährend einen mildernden Einfluß auf die Reinheit der Grundsätze aus. In rein politischer Beziehung haben Trieb und Wille der liberalen Gesammtpartei wesentlich dazu beigetragen, die principiellen Bedenken zu überwinden, welche ihre parlamentarischen Vertreter gegen Zulassung des in dem Socialistengesetz enthaltenen Ausnahmerechts oder früher gegen die gesetzliche Feststellung der Stärke des Reichsheeres auf längere Zeit gehegt hatten. Man wird das Wesen der nationalliberalen Partei dahin charakterisiren können, daß sie ganz im Geist und nach der Art des Liberalismus überhaupt von theoretischen Ueberzeugungen über den Staat ausgeht, daß sie dabei aber in richtiger Würdigung der absolut praktischen realen Natur ihrer Aufgaben grundsätzlich bestrebt ist, auf die gegebenen Verhältnisse einschließlich der abweichenden Meinungen anderer durch Masse oder Gewicht im Staate bedeutender Factoren die gebührende Rücksicht zu nehmen.

Es ist charakteristisch und ehrenvoll für die nationalliberale Partei, daß sie wesentlich durch ihren nationalen Zug zuerst zur grundsätzlichen Beschränkung ihres ursprünglich rücksichtsloseren theoretischen Programms gelangt ist. Unbestreitbar ist es ihr Verdienst, daß sie am entschiedensten unter allen Parteien die engere und festere Zusammenfassung der deutschen Einzelstaaten zu einem politischen Ganzen als ein absolut zu befriedigendes nationales Bedürfniß erkannt und vertreten hat. Der nationale Gedanke in Deutschland ist die mit klarem Bewußtsein groß gezogene Frucht unserer gesammten nationalen Cultur und konnte, wie die Dinge lagen, kaum auf einem anderen minder theoretischen Wege gewonnen werden, und es ist deshalb sehr begreiflich, daß er die lebhafteste und freudigste Vertretung bei derjenigen Partei fand, welche weniger durch gegebene, reale politische Interessen, als durch gemeinsame ideale politische Ueberzeugungen zusammengehalten war und bis zur Stunde ist.

Die nationalliberale Partei hat es verstanden, der ihr zugefallenen großen Aufgabe gerecht zu werden. Mit der Gründung des deutschen Reichs war zunächst nur eine, namentlich für das innere Staatsleben, ziemlich inhaltsleere Form gegeben, deren rasche und entschlossene Ausfüllung mit einem materiellen Inhalt eine Wohlthat, ja eine Nothwendigkeit für die Erstarkung und innerer Befestigung der neuen Schöpfung war. Diese Aufgabe konnte nur mit Hilfe einer Partei gelöst werden, welche an der Neugestaltung des Staates aus der freien Initiative der Gegenwart heraus Freude und zugleich die Selbstbescheidung hat, der spröden Wirklichkeit genügend Rechnung zu tragen. Alle großen, organisatorischen Gesetze sind ja allerdings von der Regierung ausgegangen und schließlich auch von den Conservativen angenommen worden. Die Regierung konnte aber nicht mit der Energie vorgehen, wie es nothwendig war und wirklich geschah, wenn sie nicht eine starke Partei hinter sich hatte, welche ihren Schaffenseifer aufrichtig theilte, event. wo er zu erkalten drohte, auch anspornte und dabei doch besonnen genug war, die dargebotene Gunst lieber zusammen mit den ihr etwa anhaftenden Unvollkommenheiten einzuheimsen, als sie dem Princip zu Liebe verderben zu lassen.

Im Einzelnen hat die nationalliberale Partei durchaus ihren Charakter bewährt. Bedeutsame Verbesserungen des Verfassungsentwurfs, namentlich die Verantwortlichkeit des Kanzlers und die Einführung eines förmlichen Reichsbudgets sind in erster Linie den Bemühungen der Nationalliberalen zu danken. Die Nationalliberalen haben jederzeit als aufrichtige und treue Anhänger und Pfleger der Reichscentralgewalt sich bewährt, dabei sind aber die Reservatrechte von ihr stets mit mustergültiger Vertragstreue geachtet worden.

In dem Culturkampf in Preußen stand die Partei vollständig und unbedingt auf Seiten der Regierung, da sie eine möglichst genaue und gewissenhafte Grenzscheidung zwischen Staat und Kirche will, so daß die Kirche in ihrem kirchlich-religiösen Leben sich frei bewegen kann, in ihrem äußeren Sein aber der rechtlichen Autorität des Staates unterworfen ist. So wenig die Nationalliberalen Feinde der Kirche sind, so sind sie die eigentlichsten und gefährlichsten Gegner des Ultramontanismus.

Bedeutend und charakteristisch sind die Leistungen der Nationalliberalen auf dem Gebiete der regulären Gesetzgebung. Es wird kaum irgend ein erhebliches Gesetz vorhanden sein, das nicht durch die einsichtige und fleißige Arbeit der Partei an Correctheit gewonnen hätte. Ihren Bemühungen ist es gelungen, weitgehende Garantien für die parlamentarische Redefreiheit herzustellen und sie ließ sich auch nicht aus Furcht vor Mißbrauch zu einer Verkümmerung derselben bestimmen. Sie war immer eine entschiedene Vertheidigerin der Preßfreiheit, sie war ebenso in erfolgreicher Weise bemüht, alle obrigkeitlichen Befugnisse möglichst genau zu bestimmen, nicht nur durch Beseitigung jeder willkürlichen Polizeigewalt, sondern in allen staatlichen Organisationen. Die absolute Unabhängigkeit der Gerichte mit Ausschluß jedes irgend denkbaren Einflusses der Regierung auf die Zusammensetzung des urtheilenden Gerichts im concreten Fall, die sehr vollständigen Garantien für den Angeklagten im Strafverfahren — das Alles hat die Partei mit größtem Nachdruck vertreten und für dessen Erreichung sehr wesentlich mitgewirkt.

Es würde den gebotenen Raum überschreiten, wenn wir weiter ausführen wollten, wie die nationalliberale Partei auch auf wirthschaftlichem Gebiete stets den Grundsatz befolgt hat, der persönlichen Freiheit jeden mit dem Wohl des Ganzen irgend verträglichen Spielraum zu gestatten. Alles in Allem hat die Partei immer neben ihren theoretischen Ueberzeugungen auch auf die Thatsachen und die praktischen Bedürfnisse Rücksicht genommen und ist stets ihrem Standpunct treu geblieben, welcher sie verpflichtet, zwischen dem theoretischen Ideal und der Wirklichkeit zu vermitteln.

Leipzig, 4. August 1883.

* Zur **kirchenpolitischen Lage** schreibt die „Nationalliberale Correspondenz": „Die Masse des katholischen Volks glaubt der Regierung kein Wort mehr." Die „Germania" erinnert an dieses Wort, welches einmal der Minister Falk zur Kennzeichnung der clericalen Agitationen aussprach, gegenüber den neuesten Auslassungen der „Provinzial-Correspondenz". Es läßt sich auch gar nicht leugnen, daß dieses Wort, welches damals seine Richtigkeit hatte, derselben auch heute nicht entbehrt, wenn auch in anderem Sinne: Damals hatten es die fortgesetzten Hetzereien gegen die Regierung dahin gebracht, daß die unter dem Einflusse des Clerus stehende katholische Bevölkerung der Regierung keinen Glauben mehr schenkte, wenn dieselbe versicherte, sie würdige die religiösen Bedürfnisse der katholischen Bevölkerung und führe den Kampf nur um des kirchlichen Friedens willen; heute findet die Regierung Unglauben, wenn sie versichert, auf denjenigen Forderungen, welche sie im Interesse der staatlichen Rechtsansprüche stellen zu müssen meint, mit Entschiedenheit beharren zu wollen, und hieran trägt nicht sowohl die ultramontane Agitation die Schuld, als vielmehr die seit Jahren von der Regierung befolgte kirchenpolitische Methode. Was hilft es, wenn die Officiösen oder die conservativen Freunde der Regierung sich einmal zu der Erklärung aufschwingen, jetzt sei man aber nun auf einen Punct gelangt, auf dem man endgiltig stehen bleiben werde! Die „Germania" lacht ihnen ins Gesicht und ruft höhnisch: Ebenso hieß es schon nach dem Juli-Gesetz, ebenso nach dem Ultimo-Gesetz, und es hat sich doch gezeigt, daß der Staat weder bei dem ersten, noch bei dem zweiten „daß Aeußerste gethan", daß er nicht einmal „eine ruhige Wartehalle" erreicht hatte. „Was sollen nun beim jetzigen Nothgesetz die alten Redewendungen!" Und was thut nun die officiöse Presse? Anstatt diesen übermüthigen Hohn durch eine feste und entschiedene Haltung verstummen zu machen, fordert sie ihn durch neues Schwanken und neues Laviren nur immer aufs Neue heraus. Was soll es für einen Zweck haben, wenn die „Prov.-Corr." bei der gegenwärtigen Lage der Dinge von der Möglichkeit spricht, daß dem auf strikter Verweigerung der Anzeige bestehenden Centrum von Rom aus in dieser Beziehung Ueberraschungen bereitet werden könnten; wenn sie die päpstliche Competenz gegen die Uebergriffe der Centrumspartei in Schutz nehmen will? Viel besser wäre es, die Officiösen erklärten einfach, daß die Regierung bei dem in der letzten Landtagssession vom Cultusminister gezeichneten Programm beharrt und das Weitere in Ruhe abwartet. Wie darin der Papst und das Centrum sich zu der Anzeigepflicht und zu einander stellen würden, darum brauchte sich die „Provinzial-Correspondenz" keine Sorgen zu machen. Vor Allem sollte sie zeigen, daß es Ernst ist mit der Forderung der Anzeigepflicht, und zunächst dem Gerede über eine getheilte Anzeigepflicht, welches in der conservativen und klerikalen Presse weiter geht, durch eine bestimmte Erklärung ein Ende machen. Für diesen Gedanken einer Theilung der noch übrig gebliebenen Anzeigepflicht, den selbst klerikale Blätter kaum auf eine Anregung der preußischen Regierung zurückführen mögen, so sehr dies auch ihren Zwecken dient, erwärmt sich die „Kreuz-Zeitung", und sie redet sich dabei in einen wahren Fanatismus staatlicher Selbstverleugnung hinein. Olmütz, ruft das conservative Blatt aus, bezeichnet „eine That großer, von tiefer politischer Einsicht zeugender Selbstverleugnung!" Und darum nur ja ein immer vollständigeres, immer traurigeres kirchenpolitisches Olmütz! Haben denn die Officiösen kein Wort übrig, um die Würde der Regierung und des Staates gegenüber diesen Freunden der Regierung zu vertheidigen?"

* Der jetzt zur Disposition gestellte **Vicеadmiral Batsch** ist am 10. Januar 1831 zu Eisenach geboren, also jetzt erst 52 Jahre alt, und ging 1846 zur See. Von seiner ersten großen Reise auf der preußischen Bark „Elisabeth" zurückgekehrt, trat er 1848 als Matrose 2. Classe beim Marine-Bataillon in Stettin ein, wurde als Midshipman zu der Flotte der Vereinigten Staaten commandirt, besuchte nach mehrfachen Uebungsfahrten an Bord der nordamerikanischen Fregatte „Lawrence" und der preußischen Kriegsschiffe „Adler" und „Merkur" die Marineschule in Stettin und wurde 1856 zum Lieutenant zur See I. Classe ernannt. Nachdem er 1860—61 in der englischen Marine Dienste geleistet hatte, 1862—64 Adjutant beim Obercommando der Marine gewesen war und 1864 wiederholt an Bord der „Grille" an Gefechten gegen die dänische Flotte Theil genommen hatte, wurde er im Mai 1864 zum Corvetten-Capitain befördert. Nachdem er die „Victoria" und das Cadetten-Schulschiff commandirt hatte, wurde er 1866 zum Chef des Stabes beim Obercommando der Marine ernannt und begleitete 1870, zum Capitain zur See befördert, als Chef des Stabes das Geschwader weiland des Prinzen Adalbert nach den Azoren. Beim Ausbruch des deutsch-französischen Krieges wurde er von diesem Commando zurückberufen, um seine frühere Stellung beim Obercommando, welches damals bekanntlich zu einer Abtheilung des Marine-Ministeriums umgeformt wurde, wieder einzunehmen. 1871 übernahm Capitain zur See Batsch das Commando einer zweijährigen, aus den Schiffen „Vineta" und „Gazelle" bestehenden Expedition nach West-Indien, wurde 1873 zum Chef des Stabes der Admiralität ernannt und 1875 zum Contre-Admiral befördert. 1876—1878 commandirte Contre-Admiral Batsch das Panzer-Uebungsgeschwader auf seiner Fahrt nach dem Mittelmeer, von denen die letzte bekanntlich durch den Untergang des „Großen Kurfürsten" bei Folkestone am 31. Mai 1878 ein trauriges Ende fand. Im Juli 1879 durch das Kriegsgericht zu 6 Monaten Festung verurtheilt und bald darauf begnadigt, erfolgte seine Ernennung zum Director der Admiralität. Nachdem er am 3. Februar 1880 zum Vice-Admiral befördert worden war, wurde er bald darauf zum Chef der Marinestation der Ostsee ernannt. Als sein Nachfolger in dieser Stellung wird, der „N. Pr. Z." zufolge, der zweite Admiral der Marinestation der Ostsee, Contre-Admiral v. Wickede, der jetzt das Panzer-Uebungsgeschwader commandirt, bezeichnet. Den durch kaiserliche Cabinetsordre vom 24. Juli als Vice-Admiral zur Disposition gestellten Contre-Admiral Berger wird in seiner bisherigen Stellung als Chef der Marinestation der Nordsee wohl der zweite Admiral dieser Station, Contre-Admiral Graf v. Monts, ersetzen. Zum Vice-Admiral dürfte später der Contre-Admiral Livonius, dessen Patent als solcher erst vom 15. Februar 1881 datirt, Director in der Admiralität und zu Contre-Admiralen die Capitains z. S. Freiherr von Reibnitz, Director der Marine-Akademie und -Schule, und Frhr. v. d. Goltz, Commodore des ostasiatischen Geschwaders, deren Patente von 1875 datiren, befördert werden. Als zweite Admirale der Stationen würden in Zukunft in Kiel Freiherr v. Reibnitz und in Wilhelmshaven Contre-Admiral v. Blanc nach seiner Rückkehr aus Ostasien fungiren. Für den vor kurzer Zeit verstorbenen Geh. Admiralitätsrath Dirksen, der der Garnisonverwaltungs-Abtheilung in der kaiserlichen Admiralität vorstand, ist der Intendant der Marinestation der Nordsee, Dr. Holtz, in die kaiserliche Admiralität zur Dienstleistung commandirt worden, und der Intendantur-Rath Demeier unter Entbindung als Verwaltungs-Director der kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven mit Wahrnehmung der Geschäfte des Marine-Intendanten bei der Stations-Intendantur der Nordsee beauftragt worden.

* Ueber das **Befinden des Fürsten Bismarck** erhält der „Fränk. Kur." aus Kissingen, 31. Juli, folgende Mittheilungen:

So lange der Reichskanzler gezögert hat, die Bäder in Kissingen zu beginnen, ebenso energisch hat er dieselbe nun in Angriff genommen. Heute hat er bereits zum dritten Male gebadet. Am Tage nach seiner Ankunft nahm er ganz unerwartet um 4 Uhr Nachmittags das erste Bad. Bei der Ankehrt an das Badehaus wurde er durch das neugierige Publicum, welches sich zum Theil hart an den Wagen und an ihn selbst in zudringlichster Weise heran-